

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 527

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischschöne, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Kohnlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Kellameile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Viefierung der Zeitung

Nr. 14

Bad Schandau Dienstag, den 18. Januar 1927

71. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Der Deutsche Volksbund in Ostoberschlesien hat gegen die Ablehnung der Schulentscheidung Calonders durch die polnische Regierung Beschwerde beim Völkerbund eingelegt.

* Im Laufe des letzten Sonntag ereigneten sich in Wien 10 Selbstmordversuche, von denen 4 tödlich verliefen.

* An der italienischen Grenze beim Groß-Bernhard wurde ein früherer französischer Offizier namens Souverein aufgegriffen und ins Gefängnis überführt, weil er ohne Paß italienisches Gebiet betreten hatte und sein Umherstreifen nicht genügend rechtfertigen konnte.

* Wie aus Toronto gemeldet wird, sind 4 Kinder während der Abwesenheit der Eltern bei einem Wohnungsbrand ums Leben gekommen.

* Vor der Tür des italienischen Generalkonsulats in New-York explodierte gestern eine Bombe, die von unbekannter Seite hingelegt worden war. Personen kamen nicht zu Schaden.

„Moralische Abrüstung“

wie sie Frankreich von uns verlangt . . .

Frankreich macht uns einen Vorwurf daraus, daß wir nicht „moralisch abrüsten“. Auch Poincaré warf es uns vor, als er die französischen Truppen in das Ruhrgebiet einrückte. Und soeben erklärte eine Frontkämpfervereinigung in Paris, die eine große Tagung abgehalten hat, Frankreich könne nicht auf die materiellen Friedensgarantien aus dem Versailler Vertrag verzichten, solange in Deutschland „die Abrüstung der Geister nicht durch die Durchführung eingegangener Verpflichtungen eine bewiesene Tatsache sei“. Deutscherseits wird man natürlich sofort erwidern, daß wir die Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, nicht bloß restlos erfüllt haben, sondern daß man darüber hinaus uns Leistungen auferlegt und von uns erpreßt, die weit über die Verpflichtungen des Versailler Vertrages hinausgehen.

„Abrüstung der Geister.“ Auch in Deutschland gibt es Kreise, die diese Abrüstung predigen und den Andersdenkenden einen Vorwurf daraus machen, daß sie nicht „abrüsten“ wollen. Darüber hinaus gibt es sogar Leute, die es geradezu Frankreich empfehlen, an der Befestigung des Rheinlandes, an den Bestimmungen des Versailler Vertrages festzuhalten, solange Deutschland nicht moralisch abgerüstet habe. Der Führer der Demokratischen Partei in Deutschland, Dr. Koch, hat demgegenüber auf dem internationalen Kongreß der Demokratischen Partei in Karlsruhe, an dem auch Franzosen teilnahmen, das außerordentlich charakteristische Wort geprägt, daß er den Franzosen zurief: „Schickt statt 60 000 Offiziere und Soldaten 60 000 Studenten nach Deutschland; diese werden Eroberungen machen, die fester und dauerhafter Natur sind.“

Gewiß ist das Gefühl dafür, daß die Scheidung der Geister durch die Grenzen des Volkstums, durch die Grenzen überhaupt nicht mehr so schroff und so unüberbrückbar sein kann, wie das früher der Fall gewesen ist, nicht mehr Alleingut einiger Weniger, sondern der Auseinanderprall der Nationen im Weltkrieg hat als das gegenteilige Empfinden erzeugt, daß es trotz aller Verrechtlichung nationalen Daseins und Lebens doch Interessen gibt, die über die nationale Begrenztheit hinausragen. Diese allgemeinen Interessen sind nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch ideeller Natur. Die Idee einer Befriedung ist an und für sich zu billigen, sofern sie davon ausgeht, daß das erste das Eigenleben der Nationen ist. Was für weite Kreise die Friedensbestrebungen erschwert hat, ist der Umstand, daß man eben das Eigenleben der Nation zurückstellen will hinter der Verwirklichung der allgemeinen Idee des Friedensausgleiches. Nur das natürliche Empfinden eines jeden Deutschen ist es eben unerträglich, daß auf dem Boden des Deutschen Reiches fremde Mächte „60 000 Offiziere und Soldaten“ stehen haben, — und in diesem Empfinden sind sich alle Deutschen gleich von rechts bis links. Außerdem haben alle Deutschen die Empfindung und die Gewißheit, daß Deutschland so weitgehend, wie es in seiner Kraft stand, die Verpflichtungen erfüllt hat, die es übernommen, und daß es darum ein völlig unberechtigter Vorwurf ist, von uns eine „moralische Abrüstung“ zu verlangen, obwohl wir den praktischen Beweis seit Jahren dafür geführt haben, daß wir eine „Revanche“ nicht beabsichtigen.

Überhaupt, — „Revanche“ ist ein französisches Wort. „Rache“ hat dem Deutschen immer ferngelegen und wird ihm immer fernliegen. Und wenn die Franzosen von Revanche sprechen, so mag daran erinnert sein, daß dieses Wort im politischen Leben als „Revanche pour Sadova“ auftauchte, also Rache für das Geschehen von Königgrätz, das die Franzosen gar nichts anging. Erinnert werden mag auch daran, daß die Revanche für den Aus-

Dr. Marx verhandelt

Aussprache des Reichsfinanzministers mit Parteiführern.

Eine Rede des Grafen Westarp.

Der geschäftsführende Reichsfinanzminister Dr. Marx hat die Verhandlungen zur Bildung einer Regierung aufgenommen. Zunächst wird er versuchen, gemäß einem Beschluß der Zentrumsfraktion des Reichstages eine Regierung der Mitte zu bilden. Dr. Marx empfing im Laufe des Montags den Vorsitzenden der Fraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, um sich von ihm über die Haltung der Deutschen Volkspartei zu einem Kabinett der Mitte unterrichten zu lassen. Weiterhin hatte Dr. Marx Besprechungen mit den demokratischen Führern Dr. Koch und Erkelenz. Eine Aussprache zwischen Dr. Marx und den Fraktionsführern der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten soll erst dann stattfinden, wenn dem geschäftsführenden Reichsfinanzminister die Ansichten der Deutschen Volkspartei über die Regierungsbildung zur Kenntnis gebracht worden sind. Eine besondere Rolle bei der Aussprache soll auch die Person des Reichswehrministers spielen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist am Montag in Gegenwart des Parteiführers Dr. Stresemann zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die politische Lage zu beraten. In dieser Sitzung berichtete auch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius über seine Verhandlungen zur Herbeiführung einer Regierungskoalition der bürgerlichen Parteien. Der Vorstand sprach Dr. Curtius einmütig Dank und Anerkennung für seine Bemühungen aus und billigte die von ihm unternommenen Schritte. Er bedauerte, daß diese Verhandlungen vorzeitig zum Scheitern gebracht worden sind. Der Vorstand sah in Erwartung etwaiger neuer Vorschläge des Reichsfinanzministers Dr. Marx von erneuten Beschlüssen zur Lage ab.

Große Beachtung hat in politisch-parlamentarischen Kreisen eine Rede des Grafen Westarp gefunden, die der Führer der Deutschnationalen Volkspartei auf der 8. Reichsanstaltentagung der Partei hielt. Die Deutschnationalen, so sagte Graf Westarp, wollten vor allen Dingen der Jugend und der Elternschaft den christlichen Charakter der Schule und Erziehung sichern. Man dürfe nicht vergessen, daß die Zeit des Kaiserreichs eine Zeit des Aufstiegs und des Glücks gewesen sei, und man müsse danach streben, wieder zu einer Staatsform zu kommen, die alle nationalen Kräfte zusammenziehe und nach innen und nach außen zu vertreten vermesse. Die deutschnationale Forderung auf Befreiung Deutschlands von fremder Herrschaft müsse

immer wieder erhoben werden, wenn der Weg dazu vielleicht auch noch lang sei. Denn das Vaterland und seine Freiheit seien das Allerheiligste auf Erden.

Nach längerer Debatte fand eine einstimmige einstimmige Annahme, in der der deutschnationale Reichstagsfraktion der Dank für die Maßnahmen, die zum Sturz der Minderheitsregierung geführt hätten, ausgesprochen wird. Die Reichsanstaltentagung erwarte von der Reichstagsfraktion, daß sie sich jedem Versuch, erneut eine Minderheitsregierung ins Leben zu rufen, widersetze und jede Regierung, die sich nicht auf eine feste Mehrheit mit Einschluß der Deutschnationalen stütze, mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpfe.

Berlin, 17. Januar. Reichsfinanzminister Dr. Marx empfing heute nachmittag 4 Uhr den Vorsitzenden der Fraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz und um 5 Uhr die Vorsitzenden der demokratischen Fraktion Koch und Erkelenz. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, erstredeten sich die Besprechungen zunächst nur auf sachliche Fragen, Personenfragen sind noch nicht erörtert worden. Nach den demokratischen Parteiführern empfing Dr. Marx den Abgeordneten Müller-Franken als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion.

Dr. Marx teilte diesem mit, daß die Deutsche Volkspartei nicht bereit sei, die Große Koalition mitzumachen. Nach Mitteilung von sozialdemokratischer Seite stellte dann weiter Abg. Müller-Franken an den Reichsfinanzminister die Frage, ob die Parteien, die eventuell eine Minderheitsregierung bilden würden, auf eine Unterstützung von links, und zwar ohne eine Neutralität des Kabinetts nach beiden Seiten, einzugehen bereit seien. Dr. Marx habe erwidert, daß das Zentrum dazu bereit sei, daß er aber noch nicht wisse, wie die Deutsche Volkspartei zu dieser Frage stehe.

Die sozialdemokratische Fraktion hat für Dienstag nachmittag eine Sitzung des Fraktionsvorstandes vorgesehen und die Fraktion selbst am Mittwoch 12 Uhr einberufen.

Am Dienstag vormittag wird Dr. Marx den deutschnationalen Parteiführer Graf Westarp empfangen.

Die Deutsche Volkspartei lehnt die Große Koalition ab.

Berlin, 17. Januar. Von volksparteilicher Seite wird bestätigt, daß die Deutsche Volkspartei eine Beteiligung an der Großen Koalition ablehne. Im Reichstage am Nachmittag umlaufende Gerüchte, daß der Abg. Dr. Scholz am Montagabend zur weiteren Klärung der Lage ein zweites Mal von Dr. Marx empfangen würde, bestätigten sich nicht.

Die körperliche Ausbildung muß bereits in der Kindheit beginnen. Sie muß fortgesetzt werden während der Schulzeit und während des Fortbildungsschulunterrichts. Im Gegensatz zur körperlichen Ausbildung wird die eigentliche militärische Vorbereitung lediglich für den erwachsenen Menschen in Frage kommen. Diese militärische Vorbereitung soll zumindest zwei Jahre vor der Einstellung in das Heer beginnen mit dem Ziel, daß jeder, der zum Militär kommt, bereits körperlich durchgebildet ist, Märsche aushalten und schiefen kann. Er soll durch diese Übungen der militärischen Vorbereitungszeit den Geschmack für freiwillige Disziplin und für die gemeinsame Überwindung von Schwierigkeiten sowie den Geschmack an edlen Weistreit gewinnen. Das ist das Ziel, das die Turn- und Sportvereine und die Vereine zur Vorbereitung auf den militärischen Dienst verfolgen müssen.

Der Veranstaltung wohnten der Präsident der Republik, Ministerpräsident Poincaré sowie die Präsidenten von Kammer und Senat bei.

Das Versailler Militärkomitee und die deutschen Restpunkte-Vorschläge.

Paris, 17. Januar. Das Versailler Militärkomitee hielt heute nachmittag eine Sitzung ab, über die folgendes Communiqué ausgegeben wurde:

„Das Komitee tagte heute nachmittag von 2,30 bis 5,30 Uhr. Es fand ein Meinungsaustausch über die von den deutschen Delegierten am 14. Januar übergebenen Noten statt. Das Komitee beschloß, die mündlichen Verhandlungen mit General Pawelz und Legationsrat Forster fortzusetzen. Die deutschen Vorschläge haben das Komitee nicht völlig befriedigt, das eine Änderung

gang des Krieges 1870 eine französische Ehrenpflicht war, daß Jahr um Jahr die Statuen des Elsaß und Lothringens umkränzt wurden, solange, bis diese Gebiete wieder zu Frankreich gehörten.

Vielleicht könnten wir vergessen, was während des Krieges geschah, weil Krieg war. Aber wohl erst die nächste Generation wird vergessen können, was die Entente, Frankreich insbesondere, uns nach dem Kriege auf die Schultern legte. Es ist nicht leicht, zu vergessen, daß unter der Blockade während des Waffenstillstandes etwa 800 000 Deutsche des Hungertodes starben; es ist nicht leicht, darüber hinwegzusehen, daß auf deutschem Boden fremde Truppen saßen, und es ist untragbar für uns, daß diese fremden Truppen mit deutschen Leben ungestraft spielen dürfen. Solange ist an eine „moralische Abrüstung“ nicht zu denken, als der Deutsche vom Bürgerkrieg heruntreteten muß, wenn er einem französischen Offizier bezaunet.

Dagegen:

Wie Frankreich selbst rüstet!

Militärische Ausbildung vor der Dienstzeit.

Bei einer in der Sorbonne abgehaltenen Veranstaltung des Nationalverbandes der Turn- und Sportvereine und der Vereine zur Vorbereitung auf den Militärdienst hat Kriegsminister Painlevé eine Rede gehalten, in der er es als eine der großen Lehren des Krieges bezeichnete, daß der Begriff der bewaffneten Nation zur Wirklichkeit werde. Wenn trotz aller unserer Bemühungen und gegen unsere Hoffnungen, so erklärte der Redner, eines Tages Frankreich ein Krieg aufgezwungen werden sollte, so würde dieser Krieg nicht durch ein aktives Heer zuzüglich einiger Reservisten geführt werden, sondern durch die Masse der mobil gemachten Reservisten selbst, die eine wirkliche nationale Armee bilden würden.